

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Ein Jahr Iran-Revolution – An Jina Mahsa Amini erinnern und den Freiheitskampf der Menschen im Iran aktiv unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Ein Jahr ist es her, dass Jina Mahsa Amini von den Schergen des islamischen Regimes brutal ermordet wurde, weil sie ihr Kopftuch nach Auffassung der sogenannten Sittenwächter falsch trug. Am 16. September 2022 erlag sie im Krankenhaus ihren schweren Verletzungen. Das Kopftuch wurde zum Symbol der Unterdrückung durch das Regime. Massenweise legten Frauen es ab und gingen todesmutig auf die Straße, um gegen die Terrorherrschaft des Regimes zu protestieren. Diesen mutigen Frauen schlossen sich Männer aller Altersgruppen, Gesellschaftsschichten und Regionen des Landes an. Das Unrecht, das Jina Mahsa Amini stellvertretend für so viele Frauen erlitten hat, wurde zum Freiheitskampf eines ganzen Volkes, dessen Ziel es ist, sich aus der Unterdrückung der Mullahs zu befreien. Der Deutsche Bundestag will anlässlich des Jahrestags der Ermordung von Jina Mahsa Amini sein Solidaritätsversprechen gegenüber den Frauen und Männern im Iran erneuern und ihren andauernden, mutigen Freiheitskampf nicht in Vergessenheit geraten lassen.

Trotz vollmundiger Versprechungen zu Beginn der Proteste im Iran hat es die Bundesregierung in den vergangenen zwölf Monaten nicht geschafft, ihre Iranpolitik an die neuen Realitäten im Land anzupassen. Die Maßnahmen, die von der Bundesregierung zur Unterstützung der Iranerinnen und Iraner unternommen wurden, sind vielmehr Beispiel einer grundlegend fehlgeleiteten und unehrlichen Außenpolitik. Obwohl den Menschen im Iran mit Verweis auf die vermeintlich wertegeleitete Außenpolitik der Bundesregierung Solidarität versprochen wurde, wurde zugunsten der Atomverhandlungen weiter Rücksicht auf das Regime genommen. Der Deutsche Bundestag teilt das Ziel, die atomare Bewaffnung des Iran unbedingt zu verhindern. Aber entgegen diesem Ziel hat das Regime in Teheran eine Wiederbelebung des Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) im Sommer 2022 klar abgelehnt und gleichzeitig seine Atomwaffenfähigkeit seitdem so weit gesteigert, dass es mindestens kurz davor ist, glaubwürdig mit der Atombombe drohen zu können. Dieses Drohpotenzial werden sich die Mullahs nicht mehr nehmen lassen. Die Bundesregierung handelt gegenüber dieser akuten Gefahr völlig planlos. Weder existiert eine Strategie, um den Iran zum Einlenken zu bewegen, noch gibt es einen Plan B für den Fall, dass der Iran den Punkt erreicht, an dem er innerhalb kürzester Zeit eine Atomwaffe herstellen kann.

Stattdessen klammert sich die Bundesregierung an Gesprächsformate mit dem Regime, die dieses für seine Propaganda nach innen und außen ausnutzt. Auf der Ebene

der Politischen Direktoren, die im E3-Format auch schon das JCPoA verhandelt hatten, fanden in diesem Jahr mindestens zwei Treffen mit dem iranischen Vize-Außenminister statt. Bei dem Treffen am 16. und 17. März in Norwegen ging es nach Aussage des Auswärtigen Amts explizit auch um die nukleare Eskalation des Iran. Ein zweites Treffen im E3-Format zwischen Politischen Direktoren und dem Vize-Außenminister des Iran fand am 12. Juni in Abu Dhabi statt. Hinzu kommt ein weiteres Treffen auf EU-Ebene zwischen dem Politischen Direktor des European External Action Service Enrique Mora und dem iranische Vize-Außenminister am 20. Juni, zu dem er im Nachgang twitterte, dass man über „the way forward on the JCPoA“ gesprochen habe.

Diese Treffen zeichnen ein anderes Bild als vom Auswärtigen Amt nach außen dargestellt wird, wonach mit dem iranischen Regime nicht über das Atomprogramm verhandelt werde (BPK am 28. Dezember 2022 mit dem Sprecher des Auswärtigen Amts Christofer Burger). Durch diese Treffen wird einem brutalen und menschenverachtenden Regime internationale Legitimation verliehen, die es gegen das eigene Volk nutzt, um dieses zu demoralisieren. Dem Regime dienen diese Treffen als Beleg, dass man international weiterhin anerkannt und eben nicht isoliert ist. Der Deutsche Bundestag erwartet von der Bundesregierung, dass sie die Ziele der deutschen Außenpolitik wenigstens ehrlich kommuniziert, sodass diese im „Hohen Haus“ und öffentlich diskutiert werden können.

Das Festhalten der Bundesregierung an den Atomverhandlungen erklärt auch, warum seit bald einem Jahr kein Fortschritt bei der Terrorlistung der Islamischen Revolutionsgarden in der EU erzielt werden konnte. Eine Terrorlistung wird von den Mullahs als rote Linie verstanden und hätte einen Abbruch der Atomgespräche zur Folge. Die Aussage des Auswärtigen Amts, wonach die Terrorlistung rechtlich nicht möglich sei, ist spätestens seit der Anklage des Generalbundesanwalts gegen Babak J. im Fall der Anschläge auf jüdische Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen falsch (www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/aktuelle/Pressemitteilung2-vom-11-05-2023.html). Aus dem Beschluss des Gerichts geht eindeutig hervor, dass die Ermittler davon ausgehen, dass die Quods-Truppe der Revolutionsgarde, die direkt dem Obersten Führer des Iran, Ajatollah Chamenei, unterstellt ist, in die Anschlagpläne involviert sei (www.juedische-allgemeine.de/politik/bundesregierung-zu-terrorplan-werden-hart-reagieren/).

Es muss Ziel europäischer Politik sein, dem iranischen Regime die Unterdrückung des eigenen Volkes so weit wie möglich zu erschweren. Davon ist die EU in der Sanktionspolitik, dem hierfür eigentlich wirkmächtigsten Instrument, leider noch weit entfernt. Die bisher verhängten Minimalsanktionen beeindrucken niemanden, am wenigsten die Mullahs. Zu den nicht ausgereizten Möglichkeiten zählen die Terrorlistung der Revolutionsgarden in der EU, erweiterte Personensanktionen, ein sehr viel restriktiverer Umgang mit Technologietransfers durch Exporte auch von nicht als Dual-Use eingestuftem Produkten, schärfere Sanktionsdurchsetzung, die lange auf die Bank geschobene Möglichkeit von Handelssanktionen, aber auch Sanktionen gegen den zu großen Teilen staatlichen iranischen Propagandaapparat.

Die von ihr selbst als feministisch bezeichnete Außenpolitik der Bundesregierung spielt in der Iran-Politik bislang keine erkennbare Rolle – vielmehr zeigt das Beispiel Iran, wie schnell sie in Interessenkonflikte gerät und sich in Allgemeinplätzen und Unverbindlichkeiten verliert. Statt öffentlicher Empörung auf Twitter muss die Bundesregierung endlich eine entschlossene Vorreiterrolle innerhalb der EU einnehmen und die eigenen Versprechen erfüllen. Dazu gehört auch die dysfunktionale Terminvergabe der Deutschen Botschaft Teheran: Es ist für normale Iranerinnen und Iraner kaum noch möglich, einen Visitermin zu erhalten. Stattdessen werden diese laut Presseberichten zu horrenden Preisen auf dem Schwarzmarkt gehandelt (www.welt.de/politik/deutschland/plus247012010/Iran-Baerbocks-Ankuendigung-und-die-grosse-Enttauschung.html). Der Deutsche Bundestag erwartet, dass das Auswärtige Amt diese

skandalöse Situation unterbindet und die Probleme bei der Visavergabe in der Deutschen Botschaft Teheran in den Griff bekommt.

- II. Daher fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,
1. sich endlich aktiv und wahrnehmbar in der EU für eine EU-weite Listung der sogenannten Revolutionsgarden als terroristische Vereinigung einzusetzen;
 2. eine Strategie zu entwerfen, wie eine atomare Bewaffnung des Iran noch verhindert werden kann, die über die aktuellen ziellosen, erratischen Einzelgespräche hinausgeht und Instrumente der Proliferationskontrolle und Sanktionierung berücksichtigt;
 3. alle mit den Sanktionen verbundenen strafrechtlichen Möglichkeiten voll auszunutzen;
 4. die EU-Sanktionen in deutlichem Maße auf alle Personen und Organe des iranischen Regimes auszuweiten, die mit der Unterdrückung der aktuellen Proteste, inklusive der Verhängung und Vollstreckung von Todesurteilen, befasst oder an diesen beteiligt sind;
 5. Staaten in der Region in die Pflicht zu nehmen, Sanktionsumgehungen iranischer Entitäten zu verhindern;
 6. alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um die deutschen Geiseln Nahid Taghavi und Jamshid Sharmahd aus der iranischen Gefangenschaft zu befreien und nach Deutschland zurückzuholen;
 7. die EU und Schweden bei ihren Bemühungen um die Freilassung des EU-Beamten und schwedischen Geisel Johan Floderus mit voller Kraft zu unterstützen;
 8. ihrer „feministischen Außenpolitik“ konkrete Maßnahmen folgen zu lassen, indem sie etwa Exiliranerinnen Plattformen und Netzwerke verschafft;
 9. in der EU, den VN und ihren Unterorganisationen die Stärkung der Rechte von Frauen und Mädchen im Iran wirksam und entschieden voranzutreiben sowie zur Dokumentation der vom iranischen Regime verübten Menschenrechtsverletzungen beizutragen;
 10. das Gastwissenschaftlerüberprüfungsverfahren, mit dem die Bundesregierung einreisende iranische Forscherinnen und Forscher auf Proliferationsgefahren hin überprüft, auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen und hierfür einen Gesetzentwurf zu erarbeiten;
 11. Endverbleibskontrollverfahren in besonders proliferationsgefährdeten Staaten zur Grundbedingung für weitere Exportgenehmigungen in diese Staaten zu machen. Dazu zählen insbesondere die Staaten, die sich in VN-Foren regelmäßig gegen das iranische Regime verurteilende Resolutionen stellen;
 12. zu untersuchen, welche Rolle Chips und Technologiekomponenten in klassischerweise nicht als Dual-Use eingestufteten Produkten wie Haushaltsgeräten, in den Shahed-Drohnen und anderen iranischen Waffensystemen spielen;
 13. den Druck auf Unternehmen wie die chinesische Firma Tiandy, die durch ihre Überwachungstechnologie wesentlich das Regime stützen, zu erhöhen;
 14. zu prüfen, welche Teile des Waren- und Dienstleistungsverkehrs zwischen der EU und dem Iran tatsächlich eine relevante Bedeutung für die EU haben und die restlichen Teile außenhandelspolitisch so schnell wie möglich zu beschränken;
 15. die iranischen Wirtschaftsaktivitäten in der EU, wo immer möglich und insbesondere im Finanz- und Bankensektor, einzuschränken, soweit diese Aktivitäten der Finanzierung der Revolutionsgarden dienen und einen detaillierten Einblick in Wirtschafts- und Verwaltungsabläufe in Deutschland ermöglichen;

16. den Luft- und Raumfahrtsektor im Iran, inklusive Transportkapazitäten des iranischen Regimes, von Flughafenbetreibern bis hin zu Logistikunternehmen, weiter zu sanktionieren mit dem Ziel, ihn komplett vom internationalen Markt zu entkoppeln;
17. die EU-Kommission mit konkreten Vorschlägen und Sachverstand bei der Erarbeitung konkreter Vorschläge für eine gemeinsame strafrechtliche Minimalvorgehensweise bei Sanktionsvorschlägen zu unterstützen;
18. die Sanktionen gegen den für Fehlinformationen, Verleumdungen gegen die Opposition und Verschleierung der Brutalität des iranischen Regimes verantwortlichen Propaganda-Apparat des iranischen Regimes in den staatseigenen Medien und Agenturen auszuweiten und dabei insbesondere Sanktionen gegen Redakteure und Moderatoren des Islamic Republic of Iran Broadcasting (IRIB), der Nachrichtenagenturen Fars, Tasnim und Mehr sowie das Medienkonglomerat Se-raj in den Blick zu nehmen und Mitarbeiter dieser Entitäten aus Deutschland auszuweisen;
19. Zuwendungen an Organisationen, die als Befürworter eines konzilienten Kurses gegen das Regime in Teheran auftreten, einzustellen;
20. sich in der Sanktionspolitik stärker mit Partnern außerhalb der EU, insbesondere den USA, Kanada, dem Vereinigten Königreich und Israel, über die Formen effektiver Sanktionen zu verständigen;
21. das iranische Regime für die Unterstützung Russlands im Krieg gegen die Ukraine klar zu verurteilen;
22. die Bemühungen gegen eine verstärkte Präsenz des Iran im Westjordanland zu unterstützen, iranische Verbündete wie die Hamas, den Palästinensischen Islamischen Jihad und die Hisbollah, die Israel unmittelbar bedrohen, zu schwächen und die Vernichtungsfantasien des iranischen Regimes gegen Israel klar zu verurteilen;
23. das iranische Regime für seine destabilisierende Politik und terroristischen Aktionen in der Region, insbesondere für seine Verantwortung für die Lage im Libanon und seine Angriffe auf die Autonome Region Kurdistan im Irak klar zu verurteilen;
24. sich dafür einzusetzen, dass das „Islamische Zentrum Hamburg“ als Drehschreibe der Operationen des islamischen Regimes des Iran in Deutschland geschlossen wird und Strafverfolgungen nach § 99 StGB gegen seine Mitglieder geprüft werden;
25. die skandalöse Situation zu unterbinden, wonach Visitermine an der deutschen Botschaft in Teheran zu horrenden Preisen auf dem Schwarzmarkt gehandelt werden;
26. die bundesweit von den Ämtern für Verfassungsschutz beobachtete „Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands“ stärker auf ihre Funktion als Schnittstelle zum iranischen Regime hin zu überprüfen und in ihren Aktivitäten zu kontrollieren;
27. sich in Abstimmung mit unseren Partnern dafür einzusetzen, dass Satelliteninternet im Iran flächendeckend verfügbar wird und dafür das Gespräch mit Anbietern wie Starlink zu suchen.

Berlin, den 19. September 2023

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion